Nr. 2/2017 – April

concret

Sozialdemokratische Partei Kanton Graubünden
Partida Socialdemocratica Chantun Grischun
Partito Socialista Cantone dei Grigioni

Vorwahlen Regierungsratkandidatur SP Graubünden

Jetzt erst recht!

Von Philipp Wilhelm & Doris Caviezel-Hidber

Der 12. Februar 2017 war der Tag der SP. An diesem Abstimmungssonntag konnten wir jungen Menschen der dritten Ausländergeneration mit der erleichterten Einbürgerung endlich einen Schritt entgegenkommen.
Mit dem deutlichen Nein zur USR III wurde nicht nur eine überladene Abbauvorlage zurück an den Absender geschickt, sondern wir konnten zeigen, dass die Leute in diesem Land echte Mitbestimmung besitzen und dass wir uns gemeinsam auch gegen die geballte Wirtschaftsmacht zur Wehr setzen können.

Inhalt

Jetzt erst recht! 1
Vorwahlen Regierungsrat 3-7
JA zur Energiestrategie 2050 9
Sì alla strategia energetica 2050 10
JA zu einer starken AHV 11
Aus dem Grossen Rat 13
Leute: Tamara Gianera 14
JUSO 15
Letzte Seite 16

Die Auswirkungen des USR III - Sieges reichen über die Steuerpolitik hinaus: Unter dem Eindruck des klaren Resultats konnte dem bürgerlichen Parlament eine ausgewogene Revision der Altersvorsorge abgerungen werden. Zum ersten Mal seit vierzig Jahren können die AHV-Renten angehoben werden. Dafür müssen wir einstehen!

Die SP Graubünden feierte am 12. Februar aber auch einen persönlichen Abstimmungssieg. Und was für einen! Wir standen alleine da. Die Wirtschaftsverbände, alle anderen Grossratsparteien, die «Gesamtregierung» und der Somedia-Verleger, alle meinten einmal mehr: Graubünden müsse an Olympia genesen. Und wie gekämpft wurde: Mit einem Geheimkonzept, Steuergeldern für Inserate und Plakate, einseitigen Podien und einer Flut von überschwänglichen pro-Olympia-Beiträgen in den Medien. Genützt hats nicht. 60 % sagen Nein. Und das nicht nur im Bündner Rheintal. Aus allen Regionen gab es Ablehnung, sogar aus potenziellen Austragungsorten: Arosa, Davos, St. Moritz wollten nicht. Das bürgerliche «Rezept» der Regionenförderung ging wuchtig zurück an den Absender. Umdenken ist angezeigt.

Doch stattdessen rufen die Bürgerlichen der SP zu: «Jetzt müsst ihr Verantwortung tragen.» Und genau das wollen wir tun. Wir müssen als Partei für unsere Politik Verantwortung übernehmen – generell und erst recht nach einem Sieg wie dem über Olympia. Damit wir aber Verantwortung übernehmen können, müssen wir mit am Tisch sitzen und das heisst primär eines: Wir müssen bei den Wahlen 2018 in der Bündner Regierung bleiben!

Am Parteitag in Cazis vom 25. März haben wir gemeinsam beschlossen, offene Vorwahlen durchzuführen. Solche Vorwahlen sind ein absolutes Novum in der Schweiz und ein Beweis dafür, dass die SP Graubünden Innovation und Demokratie nicht nur politisch fordert, sondern auch als Partei mutig vorlebt. Dass wir mit Peter Peyer und Andreas Thöny zwei kompetente Politiker haben, die sich diesem spannenden und intensiven Prozedere unterziehen, ist ein Privileg. Ihre Bereitschaft zeigt, dass sie nicht nur fähig sind, Regierungsrat zu sein, sondern dass sie auch die Auseinandersetzung vor der Bevölkerung nicht scheuen.

Die Verteidigung unseres Regierungsratssitzes ist alles andere als einfach. Auch wollen wir nächstes Jahr trotz Majorzwahlen unser gutes Resultat bei den Grossratswahlen 2014 bestätigen. Und so herausfordernd das auch ist: Der 12. Februar 2017 zeigt es: Mit gemeinsamem Einsatz können wir es schaffen! Nehmen wir den Schwung mit!

Philipp Wilhelm, Präsident
SP Graubünden, Davos

Doris Caviezel-Hidber,
Vizepräsidentin
SP Graubünden, Chur

Vorwahlen Regierungsrat

Peter Peyer, Grossrat und Regierungsratskandidat, Trin

Mehr Infos zu Peter Peyer:
www.vorwahlen.ch
www.peterpeyer.ch

Sieben Fragen an Peter Peyer

Concret: Es sind Vorwahlen. Andreas und du seid im selben Quartier aufgewachsen, seid fast gleich alt, habt beide einen Hintergrund in der Pädagogik und sitzt beide im Grossen Rat. Was unterscheidet euch überhaupt?
Peter Peyer: Zum Glück unterscheiden wir uns nicht völlig, sonst wäre einer von uns in der falschen Partei! Was trotz selbem Quartier in der Jugendzeit anders ist, ist der persönliche, berufliche und politische Werdegang. Als ehemaliger Sekretär und dann als langjähriger Präsident der SP Graubünden sowie als ehemaliger Kulturarbeiter, Betreuer in einem Flüchtlingsheim, Mitglied des HTW-Hochschulrates oder als heutiger Gewerkschafter kenne ich die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge unseres Kantons aus Erfahrung. Für die Regierung kandidieren zu können, als Arbeiterkind, als ausgebildeter Kaufmann und Kindergärtner, als Nicht-Akademiker, als Vater einer Patchwork-Familie und als Berufsmann mit einer wenig linearen Karriere, als Mitglied einer Minderheitspartei im Grossen Rat, das sehe ich als Fortschritt, für den mein Lebensweg steht und für den es sich weiter zu kämpfen lohnt.

In zwei Sätzen: Was ändert Regierungsrat Peyer in Graubünden?
Er sorgt für mehr Zusammenhalt und Beteiligung, gerechte Verteilung der Lasten, gleiche Chancen am Start für alle.

In einem Satz: Was ändert Regierungsrat Peyer bewusst nicht in Graubünden?
Die Vielfalt und Schönheit unseres Kantons und alle Werkzeuge und Instrumente, die zu deren Erhalt beitragen.

Die SP tritt mit Sicherheit mit einer Männer-Kandidatur an. Was hast du in deiner politischen Karriere für die Gleichstellung getan?
Gleiche Rechte für alle, für Mann und Frau sowieso, war für mich immer ein zentrales Anliegen. Als erster männlicher Kindergärtner in Graubünden habe ich schon mit meiner damaligen Berufswahl ein kleines Stück Gleichstellung gelebt. Heute setze ich mich als Gewerkschafter täglich für gleiche Anstellungs- und Lohnbedingungen von Mann und Frau ein.
Auch in der Politik habe ich mich immer für Gleichstellung eingesetzt. Bei der Beratung des Berichtes zur zukünftigen Einsitznahme des Kantons in Führungsgremien von staatsnahen Unternehmen, z. B. dem Bankrat der GKB, habe ich im Grossen Rat den Antrag gestellt, dass es verbindliche Geschlechterquoten braucht. Quizfrage: Wo waren die bürgerlichen Frauen bei diesem Antrag? Wie viele bürgerliche Grossräte haben die geschlossene SP-Fraktion unterstützt? Eben, kaum jemand. Deshalb: Ja, man und insbesondere frau kann uns vorwerfen, dass wir «nur» Kandidaten haben. Aber nein, uns kann nicht vorgeworfen werden, wir würden in der Sache selbst nichts tun. Hier nehmen es auch unsere Männer mit allen bür-

gerlichen Parteien und leider auch mit vielen ihrer Frauen problemlos auf.

Du bist Gewerkschaftssekretär beim SEV. Wie holst du damit eine Stimme in den KMU?
Wer mich kennt, z. B. als Verhandlungsführer für den Gesamtarbeitsvertrag der Rhätischen Bahn, der weiss, dass ich nicht stur bin, sondern das Gesamtbild im Auge behalte, die berühmte Win-Win-Situation suche. Darauf darf man mich behaften. Aber auch darauf, dass alle ihren Beitrag nach ihren Möglichkeiten zu leisten haben. Für mich geht es darum, auf einander zuzugehen und dabei ideologische Scheuklappen abzulegen. Gerne trete ich mit den KMU in Dialog, um aktuelle politische Fragestellungen zu diskutieren. Denn ich staune manchmal, z. B. bei der aktuellen Debatte um die Altersreform 2020 oder bei der Abstimmung um die Unternehmenssteuerreform III, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter der Bündner KMU so vor den Karren der grossen Konzerne spannen lassen, statt sich für ihre tatsächlichen Interessen einzusetzen. Die AHV ist auch für sie die viel günstigere Lösung als die Pensionskassen, die Steuerreform hätte dem überwiegenden Teil der KMUs keinen Franken Entlastung gebracht.

Die Kandidaten der anderen Parteien stehen zum Teil noch lange nicht fest, wen würdest du dir als Lieblingskontrahentin oder Lieblingskontrahenten aussuchen und weshalb?
Ich bin debattierfreudig und in vielen Themen dossierfest. Unser Ziel ist es, dass die Sozialdemokratie weiter in der Bündner Regierung vertreten ist. Vier bürgerliche Sitze, unabhängig davon von wem sie besetzt werden, sollten genügen. Ich freue mich deshalb auf zahlreiche Diskussionen, hart in der Sache, umgänglich in der Art, ganz egal, wer auf bürgerlicher Seite antritt.

Wahlkampf heisst Persönliches preiszugeben. Mit welcher deiner Freizeitbeschäftigungen wirst du prahlen?
Ich habe zwei Monate im Churer «Sennhof» in Halbgefangenschaft verbracht, weil ich den Militärdienst nach dem Fall der Berliner Mauer aus Gewissensgründen verweigert habe. Den Zivildienst gab es noch nicht. Trotzdem führe ich heute mit viel Freude Besuchergruppen durch das militärische Festungsmuseum Sperre Trin (www.sperretrin.ch). Das ist nicht zum Prahlen, belegt aber, dass ich keine Berührungsängste kenne. Zudem singe ich im Chor Mischedau Trin und spiele freitags Volleyball mit der Plauschmannschaft «TrinKiss». Beides mit mehr Begeisterung als Talent. Aber immerhin.

Vorwahlen Regierungsrat

Andreas Thöny, Fraktionspräsident im Grossen Rat und Regierungsratskandidat, Landquart

Mehr Infos zu Andreas Thöny
www.vorwahlen.ch
www.andreasthoeny.ch

Sieben Fragen an Andreas Thöny

Concret: Es sind Vorwahlen. Peter und du seid im selben Quartier aufgewachsen, seid fast gleich alt, habt beide einen Hintergrund in der Pädagogik, sitzt beide im Grossen Rat. Was unterscheidet euch überhaupt?
Andreas Thöny: Uns unterscheidet viel mehr, als man denken würde. Während Peter die ganze Schulzeit in Igis-Landquart verbracht hat, ist meine Familie aus Grüsch zugezogen. Nach der vierten Klasse zogen wir nach Davos. Später kehrten wir nach Maienfeld und schliesslich wieder nach Landquart zurück. Unsere Mütter haben zwar beide einen Migrationshintergrund, aber einen unterschiedlichen. Peters Mutter ist italienische Seconda. Meine Mutter ist aus Bayern. Ob sich das in unseren kulinarischen Vorlieben wiederspiegelt? Peter hat einen jüngeren Bruder, ich zwei jüngere Schwestern. Auch das prägte.
Peter verweigerte nach der Rekrutenschule den Militärdienst. Ich habe als Wachtmeister fast 500 Diensttage in der Armee geleistet. Für mich war das ein Dienst für den Staat und ein Dienst für den Erhalt des Friedens. Peters Berufslaufbahn war abwechslungsreich und vielfältig. Meiner geradlinig. Ich unterrichte seit Erhalt des Lehrerpatents vor 30 Jahren als Primarlehrer an der Volksschule. Parallel dazu habe ich mich Schritt für Schritt und immer mehr in politischen Ämtern engagiert. Zuerst war ich im Gemeindevorstand, dann Grossrat, Verwaltungsrat der RhB und jetzt Kirchenratspräsident der reformierten Landeskirche. Heute unterrichte ich noch knapp zwanzig Prozent.

In zwei Sätzen: Was ändert Regierungsrat Thöny in Graubünden?
Er bringt die Leute aus den Talschaften an einen Tisch und bespricht die anstehenden gemeinsamen Herausforderungen, wie es in Genossenschaften unter Gleichberechtigten üblich ist. An diesem Tisch sind auch diejenigen dabei, mit denen es das Leben nicht so gut gemeint hat.

In einem Satz: Was ändert Regierungsrat Thöny bewusst nicht in Graubünden?
Er wird die Lockerung der Raumplanung und den darin verbundenen Umweltschutz gegen alle Angriffe aus bürgerlichen Kreisen verteidigen.

Die SP tritt mit Sicherheit mit einer Männer-Kandidatur an. Was hast du in deiner politischen Karriere für die Gleichstellung getan?
In allen Gremien und Institutionen, in denen ich Einsitz nehme, setze ich mich entschieden für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Sowohl für Frauen wie auch für Männer. Wenn sich die Gelegenheit bietet, setze ich auch symbolische Marksteine. So hat die reformierte Landeskirche letztes Jahr Bischof Huonder zu einem Essen eingeladen. Er kam mit zwei Generalvikaren. Wir haben unsere Delegation bewusst mit einem Mann und zwei Frauen bestückt. Mit mir

als Kirchenratspräsidenten kamen Cornelia Camichel Bromeis, Dekanin und höchste Bündner Pfarrerin sowie Pfarrerin Miriam Neubert aus den Rheinlanden, unsere Aussenministerin mit. Frauenordination ist bei uns seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit. So wohnt in manchen Pfarrhäusern auch einmal eine Frau Pfarrerin.

Du bist Kirchenratspräsident der Evangelischen Landeskirche. Wie holst du damit eine Stimme in den katholischen Talschaften?
Erstens indem ich erzähle, wie wir in Landquart unter Reformierten und Katholiken erfolgreich ökumenisch zusammenarbeiten und dabei Spass haben. Zweitens indem ich aufzeige, das es wichtig ist, dass in der Regierung Personen mit der nötigen Kenntnis über die Landeskirchen sitzen. Man darf die gesellschaftliche Wirkung der Kirchen nicht unterschätzen. Drittens, indem ich darauf aufmerksam mache, dass die SP mehr Evangelium in ihrem Parteiprogramm hat als die CVP.

Die Kandidaten der anderen Parteien stehen zum Teil noch lange nicht fest, wen würdest du dir als Lieblingskontrahentin oder Lieblingskontrahenten aussuchen und weshalb?
Am liebsten Personen aus der SVP. Ob es Valérie Favre Accola, Beat Nay, Heinz Brand oder Magdalena Martullo Blocher sind, spielt nicht so eine Rolle. Mit ihnen würden die spannendsten Diskussionen entstehen, weil viele ihrer politischen Ansichten diametral anders sind. Unsere Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit könnten in aller Klarheit aufgezeigt werden. Ich würde auch einen neoliberalen Freisinnigen wie Ruedi Kunz nehmen. Die verheerenden Folgen des globalisierten freien Marktes und die Gier der Privatisierung-über-alles-Prediger könnten schonungslos aufgezeigt werden.

Wahlkampf heisst auch Persönliches von sich preiszugeben. Mit welcher deiner Freizeitbeschäftigungen kannst du am ehesten prahlen?
Ich lege pro Woche zwischen 30 km rennend oder 100 km Rad fahrend zurück. Das brauche ich um abzuschalten, die Gedanken zu ordnen und zu regenerieren.

Regierungsratswahlen 2018

Lukas Horrer, Parteisekretär SP Graubünden, Chur

Bis zum Wahlsonntag am 25. Juni 2017 werden Peter und Andreas alle Regionen besuchen. Es finden im ganzen Kanton rund 15 Vorwahl-Veranstaltungen statt. Es würde mich freuen, möglichst viele ConcreLeserInnen bei der einen oder anderen Veranstaltung anzutreffen. Die Veranstaltungstermine sind online zu finden: **www.vorwahlen.ch**

Vorwahlen

Von Lukas Horrer

Bei den Regierungsratswahlen 2018 wagt die SP Graubünden mehr Demokratie. Wir glauben, dass eine Partei sich öffnen muss, um für die WählerInnen interessant zu sein. Nur eine Partei, die spannend, transparent und offen politisiert, hat Zukunft. Darum wird die SP Graubünden zur Nomination der SP-Kandidatur für die Regierung Vorwahlen durchführen. Der Parteitag hat dem Antrag zugestimmt. Vorwahlen – das ist eine schweizweite Premiere. Noch keine andere Partei hatte den Mut, die Bürgerinnen und Bürger bereits bei der Nomination mitentscheiden zu lassen. Das Verdikt der Vorwahlen gilt, es ist verbindlich.

Wer darf bei den SP-Vorwahlen wählen? Wenn wir sagen, wir machen Vorwahlen, dann meinen wir das auch so. Alle Personen sind stimmberechtigt, die über 16 Jahre alt sind und in Graubünden leben. Es gibt nur eine einzige Einschränkung: Zusammen mit dem Stimmrechtsausweis unterschreiben die WählerInnen eine Wahlerklärung und stimmen so folgendem Satz zu: «Ich befürworte die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei Graubündens an der Regierung».

Als Wahlkampfleiter weiss ich, dass diese Entscheidung mit Risiken verbunden ist und die SP Graubünden Neuland betritt. Aber: Parteien müssen lernen, BürgerInnen einzubinden. Die ewig gleichen Seilschaften, die in immer den gleichen Hinterzimmern die Entscheidungen treffen? Dagegen hat sich die SP immer gewehrt. Das gibt es bei den anderen Parteien schon genug. Mehr Transparenz und Offenheit tut der Bündner Politik gut.

Noch einige Hinweise zur Organisation der Vorwahlen: Alle unsere eingeschriebenen Mitglieder, SympathisantInnen und InteressentInnen, also alle, die unsere Parteizeitschrift «Concret» bekommen, erhalten das Wahlmaterial automatisch per Post zugestellt. Alle anderen Personen, die ebenfalls mitentscheiden wollen, wer SP-KandidatIn für die Regierung wird, können sich einfach online auf unserer Vorwahl-Website registrieren. Die registrierten Wählerinnen und Wähler bekommen dann das Wahlmaterial ebenfalls per Post zugeschickt. Die Frist für die Registrierung läuft am 28. Mai 2017 ab. Am 6. Juni wird dann das Wahlmaterial verschickt. Wahlsonntag ist der 25. Juni 2017. Nach der Auszählung wird das Resultat öffentlich in Chur bekanntgegeben.

Alle Informationen zu den Vorwahlen gibt es online unter: **www.vorwahlen.ch**

SCHON DABEI?

Beim Mieten und Wohnen
können Sie mit dem MV rechnen!

Wir setzen uns für die Rechte der Mieterschaft und für mehr bezahlbaren Wohnraum ein!

Mitglieder profitieren:

- **Rechtsberatung (gratis)**
- **Rechtshilfe**
- **Haftpflichtversicherung**

Mitglieder erhalten zudem regelmässig unsere Zeitschrift „Mieten&Wohnen“ mit interessanten Informationen zum Mietrecht und zu aktuellen mietpolitischen Fragen.

Mit Fr. 77.-/Jahr sind Sie dabei!

MV Mieterinnen- und Mieterverband Graubünden

Infos und Anmeldung unter
www.mieterverband.ch/mv-gr

Ja zur Energiestrategie 2050

Silva Semadeni,
SP-Nationalrätin, Chur

Die SP Graubünden fasste am Parteitag einstimmig die JA-Parole. Mehr Infos zur Energiestrategie: **www.energiestrategie-ja.ch**

Einheimisch, erneuerbar, effizient

Von Silva Semadeni

Die heutige Energiepolitik macht uns abhängig von teuren Importen von Öl und Gas. Und wir tragen ein atomares Klumpenrisiko. Die Energiestrategie 2050 stellt nun die Weichen in Richtung Energieeffizienz und erneuerbare Energien – und verbietet neue AKW. Sie leistet so auch einen Beitrag zur Umsetzung des Klimaübereinkommens von Paris. Weil neue Atomkraftwerke viel zu teuer sind, gibt es zur Energiestrategie 2050 keine Alternative.

Die SVP operiert mit Phantasiezahlen.

Die Nutzung einheimischer Energien und die smarten Energiesparmassnahmen führen zu mehr Wertschöpfung im Inland, zu langfristig sicheren Arbeitsplätzen in allen Regionen. Die SVP behauptet aber, das neue Energiegesetz koste rund 200 Milliarden Franken, jährlich 3200 Franken pro Haushalt. Diese Zahlen gehören ins Reich der alternativen Fakten, sie haben nichts mit der Abstimmungsvorlage zu tun. Die Kosten des revidierten Energiegesetzes liegen wegen der Erhöhung des Netzzuschlags von 1,5 auf 2,3 Rp/kWh für die Haushalte bei durchschnittlich 40 Franken pro Jahr.

Nachhaltige und klimafreundliche Energiepolitik

Weil fossile Energien und der Atomstrom ersetzt werden müssen, will die Energiestrategie 2050 mehr Produktion von erneuerbarer Energie und weniger Energieverbrauch.

Die wichtigsten Massnahmen:

- Die CO2-Emissionen sinken dank strengerer Vorschriften für Fahrzeuge und Geräte. Das Gebäudesanierungsprogramm wird weitergeführt und gestärkt.
- Mit der Erhöhung des Netzzuschlags stehen mehr Fördermittel zur Verfügung. Das Einspeisevergütungssystem (KEV) ist aber auf 5 Jahre begrenzt. Für Solaranlagen gibt es immerhin bis 2031 Einmalbeiträge, für Wasserkraftwerke Investitionsbeiträge.

Auch Grosswasserkraftwerke werden unterstützt. Wenn sie ihren Strom unter den Gestehungskosten verkaufen müssen, erhalten sie während 5 Jahren maximal 1 Rp/kWh.

Die SP wäre gerne weiter gegangen und hätte auch einen verbindlich terminierten Atomausstieg im Gesetz festgeschrieben. Trotzdem unterstützt sie die Energiestrategie 2050 mit Überzeugung.

21. Mai 2017
ENERGIE STRATEGIE JA

Sì alla strategia energetica 2050

Energia pulita e posti di lavoro

Silva Semadeni

Nel 2011, in seguito alla catastrofe di Fukushima, il Consiglio federale e il Parlamento hanno deciso l'abbandono graduale dell'energia atomica e quindi la progressiva trasformazione del sistema energetico svizzero. La nuova strategia prevede

- la riduzione del consumo di energie fossili;
- lo sfruttamento sistematico dei potenziali di efficienza energetica di edifici e apparecchiature, nell'industria e nel settore della mobilità;
- la promozione equilibrata delle energie rinnovabili.

Non fa senso importare anno per anno petrolio e gas dall'estero per miliardi di franchi quando in Svizzera disponiamo sia di fonti rinnovabili sempre più economiche che di un grande potenziale di risparmio energetico. Poiché i costi di nuove centrali atomiche sono proibitivi, non c'è nessun'alternativa alla strategia energetica 2050.

Effetti positivi per le regioni alpine

La nuova strategia rappresenta un'opportunità per la Svizzera italiana, dove oltre all'energia idroelettrica già largamente sfruttata anche l'energia solare dispone di un grande potenziale ancora quasi tutto da valorizzare. Inoltre l'incentivazione del risparmio energetico nel settore edilizio favorisce l'economia locale e posti di lavoro qualificati anche nelle regioni di montagna. Importante per i cantoni alpini è il sostegno alle grandi centrali idroelettriche. Al contempo proteggeremo meglio la natura e il clima.

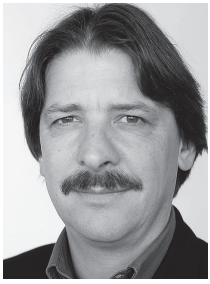
Costi contenuti

Con il supplemento di rete, che verrà aumentato al massimo di 0,8 cts/kWh e costerà a una famiglia in media non più di 40 franchi all'anno, si potrà realizzare una buona una parte dei circa 36'000 progetti attualmente sulla lista d'attesa. Il loro potenziale di produzione corrisponde a quella annuale delle due centrali nucleari di Beznau I e Beznau II.

Benché la maggioranza borghese non abbia voluto regole per la chiusura progressiva delle nostre costose e sempre più rischiose centrali atomiche, che funzionano così a tempo indeterminato, il PS sostiene con convinzione la strategia energetica 2050.

Silva Semadeni, consigliera nazionale PSGR, Coira

Verbesserung der AHV



Paul Rechsteiner, Präsident Gewerkschaftsbund (SGB) und SP-Ständerat, St. Gallen

JA zu einer starken AHV

von Paul Rechsteiner

Die Schaffung einer AHV war zusammen mit dem Frauenstimmrecht die wichtigste Forderung des Generalstreiks von 1918. Es dauerte 30 Jahre, bis sie 1948 endlich realisiert werden konnte, bei damals noch sehr tiefen Renten. Zum Ausbau kam es erst in den Jahren von SP-Bundesrat Hanspeter Tschudi.

Die im Parlament beschlossene Vorlage führt erstmals seit 42 Jahren wieder zu einer realen Verbesserung der AHV-Renten. Die maximale Ehepaarrente steigt auf neu 3751 Franken, die maximale Rente für Alleinstehende 2421 Franken. Finanziert wird die Rentenverbesserung mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen von je 0,15%.

Die Rentenerhöhung kommt im Gegensatz zur gescheiterten Volksinitiative AHVplus nur den zukünftigen, nicht aber den bisherigen Rentnerinnen und Rentnern zugute. Immerhin ist es im Parlament gelungen, alle Verschlechterungen bei den heutigen Renten abzuwehren. Dies gilt vor allem für das Recht auf einen Teuerungsausgleich, der bei der AHV im Gegensatz zu den Pensionskassen auch in Zukunft gewährleistet bleibt.

Die Nachteile der Vorlage, nämlich die Heraufsetzung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre und die Senkung des Umwandlungssatzes, treffen nur die künftigen Rentnerinnen und Rentner. Auch für sie überwiegen die Vorteile über die Nachteile. Zu den Vorteilen gehören nicht nur die Rentenzuschläge bei der AHV, sondern auch die Rentengarantie im Obligatorium der beruflichen Vorsorge für alle, die 45jährig oder älter sind. Wichtig vor allem für Frauen ist die bessere Vorsorge für die Teilzeitbeschäftigten. Bei älteren Arbeitnehmern zählt schliesslich die Garantie, auch bei einem Stellenverlust ab 58 Jahren in der bisherigen Pensionskasse bleiben zu können. Heute geht bei einer Kündigung nämlich regelmässig auch der Rentenanspruch verloren.

Die Vorlage bringt schliesslich eine sichere Finanzierung der AHV für die nächsten 15 Jahre, obwohl jetzt die geburtenstarken Baby-Boomer ins Rentenalter kommen. Mit einer Mehrwertsteuererhöhung von nur 0,3% im Jahre 2021 ist die Finanzierung einmalig günstig. Voraussetzung dafür ist, dass die Mehrwertsteuermilliarde, die heute als Uebergangsfinanzierung in die IV fliesst, für die AHV gesichert werden kann. Ohne ein Ja am 24. September ist sie für die AHV verloren. Die Bevölkerung zahlt dafür keinen Rappen mehr als heute.

Weil wir nach Jahrzehnten endlich wieder die Möglichkeit haben, die AHV zu stärken, bei der Finanzierung und bei den Renten, braucht es ein überzeugtes Ja zur Altersvorsorge 2020.

Wir bringen die Natur in Ihren Garten
Für Blumen, Schmetterlinge, Kinder und andere Menschen mit offenen Sinnen

Pro Valladas

Wir sind Spezialisten für Naturschutz und Landschaftspflege. Gerne kümmern wir uns auch um Ihren Garten; im ganzen Kanton Graubünden.

- ✓ **Naturgartenbau und -pflege**
- ✓ **Blumenwiesen**
- ✓ **Weiher**
- ✓ **Trockenmauern**
- ✓ **Sträucher und Bäume schneiden und pflanzen**
- ✓ **Natürliche Wege und Plätze**
- ✓ **Zäune und Unterstände aus naturbelassenem Holz**

Marcel Züger - Geschäftsführer, Biologe
PRO VALLADAS GmbH – Unternehmen Natur und Landschaft
Veia Principala 12, 7462 Salouf, 081 637 14 88, mail@pro-valladas.ch

Aus dem Grossen Rat

Sandra Locher Benguerel, Grossrätin und Mitglied Kommission für Bildung und Kultur (KBK), Chur

Kulturdebatte

Von Sandra Locher Benguerel

In der Februarsession debattierte der Grosse Rat über das neue Kulturförderungsgesetz. Bereits während der Vernehmlassung sorgte das neue Gesetz für umfassende Diskussionen. An dieser beteiligte sich die SP von Beginn an mit der Überzeugung: Kultur ist Impulsgeberin für Graubünden. Innerhalb des Bündner Kulturschaffens ist in dieser Zeit eine Dynamik entstanden, aufgeblüht im Fest der Kultur und der Petition Kulturkanton Graubünden mit 3800 Unterschriften. Entsprechend gespannt wurde die Debatte erwartet. Leider konnte sie in keiner Weise den Erwartungen entsprechen.

In der Eintretensdebatte wurde die Bedeutung der Kultur für Graubünden zwar gelobt, doch zeigten sich sehr unterschiedliche und teilweise sehr kurzfristig gefasste Positionen der Fraktionen. Die BDP stellte den Antrag nicht einzutreten, die Mehrheit der FDP wollte eintreten, doch dann wieder an die Regierung zurückweisen. Dieser Antrag wurde mit 52:60 Stimmen abgelehnt. Somit war der Weg frei für die Detailberatung. In ihr beschloss der Rat u. a.:

- dass er selbst auf Antrag der Regierung alle vier Jahre ein Kulturförderungskonzept beschliesst
- mit Ausnahme der Mindestlöhne für Musiklehrpersonen, wurde nichts in die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden investiert
- dass der Kanton leider auch künftig keine Beiträge an Infrastruktur leisten kann
- nicht wie von uns bevorzugt die Regionen, sondern die Gemeinden in der Kulturförderung zu verpflichten (z. B. zur Sicherung von Kulturgut oder zum Führen von Musikschulen)
- die Sing- und Musikschulen finanziell stärker zu unterstützen, aber die Elternbeiträge nicht zu begrenzen.

Kulturfinanzierung

Als Schlussbouquet wurden einige Anträge rund um die Kulturfinanzierung behandelt, angestossen durch unsere Fraktion. Unser Antrag, einen Rahmenverpflichtungskredit von jährlich 4 Mio. Fr. für die kommenden acht oder minimal vier Jahre zur Verfügung zu stellen, sorgte zwar für Bewegung und das Bekenntnis, dass das neue Gesetz mehr Mittel für die Kultur auslösen muss. Doch fehlte es der Mehrheit an Courage. Sie versteckte sich hinter formalen Einwänden, blieb unverbindlich und vertagte die Beantwortung der Finanzierungsfrage auf die Budgetdebatte.

Mit dem neuen Kulturförderungsgesetz wurden im Vergleich zur alten Gesetzgebung zwar minimale positive Fortschritte erzielt. Da die Hauptfrage der Finanzierung vertagt wurde, bleibt das Gesetz wenig wirksam. Die Kulturdebatte muss weiter gehen und es wird sich bei der Budgetdebatte zeigen, ob der Grosse Rat tatsächlich gewillt ist, den Kulturkanton Graubünden voranzubringen.

Leute: Tamara Gianera

Concret: Tamara, du bist seit dem 1. Dezember 2016 Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit für Frau und Mann. In anderen Kantonen heisst diese Stelle Stabsstelle für Gleichstellungsfragen. Ist die Bezeichnung für dich ein Unterschied?

Tamara Gianera: Das Wort Gleichstellung impliziert, dass Frauen und Männer gleich sind. Der Begriff Chancengleichheit ist umfassender. Es geht darum, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben, ihr Leben zu gestalten, wie sie es wollen. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer die gleichen Voraussetzungen haben. Jede und jeder ist dann selbst dafür verantwortlich, was sie daraus machen.

Was sind die Aufgaben der Stabsstelle?

Wir lancieren verschiedene Projekte, welche die Chancengleichheit fördern. Wir führen zum Beispiel eine Datenbank von Frauen, welche sich für die Arbeit in einer Kommission interessieren. Es gibt ein KMU Projekt, welches in Zusammenarbeit mit der Fachstelle UND Firmen hilft, familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter zu schaffen Wir haben das Mädchenparlament initiiert. Dieses ist im Rahmen des Zukunftstages entstanden. Es bietet den 13-16 jährigen Mädchen Gelegenheit, Politik-Luft zu schnuppern. Die Mädchen sind unter sich, so dass sie weniger gehemmt sind, als wenn auch Buben dabei wären. Wichtig ist mir auch die Vernetzung in der Ostschweiz, auch in Zusammenarbeit mit der EU. So arbeiten wir mit dem Fürstentum Liechtenstein, mit Vorarlberg und mit der Bodensee-Region zusammen.

Hast du schon Ideen für neue Projekte, die du in den nächsten Jahren lancieren möchtest?

Leider sind unsere finanziellen Ressourcen begrenzt. Dies gilt einerseits für Projekte, andererseits aber auch für die personelle Besetzung unserer Stabsstelle. Ich möchte aber sehr gerne mit meinem Team zusammen neue Ideen entwickeln. Insbesondere will ich aber die institutionelle Position der Stabsstelle stärken.

Kann man sich als Privatperson an die Stelle wenden?

Ja, wir haben auch eine Beratungsstelle für Fragen rund um Lohngleichheit, Gleichstellung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz usw. Aufgrund der begrenzten Ressourcen arbeiten wir viel mit anderen Institutionen zusammen, z.B. mit der Frauenzentrale.

Was wünschst du dir bezüglich Chancengleichheit für die Zukunft?

Ich würde mir wünschen, dass die typischen Frauenberufe gegenüber den typischen Männerberufen nicht mehr als minderwertig angesehen werden. Ein wichtiges Thema ist auch die Lohntransparenz. Männer und Frauen sollten vermehrt die Möglichkeit haben, Teilzeit zu arbeiten, auch in Kaderpositionen.

Tamara Gianera, Chur

Tamara Gianera,
Leiterin der Stabsstelle
für Chancengleichheit für
Frau und Mann seit
1. Dezember 2016, Chur

JUSO

Ewa Bender,
Co-Präsidentin JUSO
Graubünden, Bonaduz

Kein Geld für die Kriege dieser Welt

Von Ewa Bender

Am 11. April 2017 war es soweit. Die GSoA lancierte ihre Volks-Initiative «Kein Geld für die Kriege dieser Welt». Nachdem sich die JUSO Graubünden gemeinsam mit der GSoA Gedanken darüber gemacht hat, diese Initiative auf städtischer Ebene zu lancieren, freut es sie umso mehr, diese Initiative auf nationaler Ebene entstehen zu sehen. In Chur scheiterte es schlussendlich nur an menschlichen und zeitlichen Ressourcen.

Die Schweiz produziert und exportiert nicht nur selbst Kriegsmaterial, sie finanziert deren Produktion auch im Ausland. Schweizer Banken und Pensionskassen investieren jährlich dreistellige Millionenbeträge in Rüstungskonzerne, die unter anderem international geächtete Waffen herstellen. Dies, obwohl die Finanzierung von Waffen seit Juli 2012 in der Schweiz verboten ist.

Bei der Initiative geht es um folgendes: Um zu verhindern, dass mit Schweizer Geld – auch mit Pensionskassengeldern – die Rüstungsindustrie weiter finanziell unterstützt wird und wir mit unserem Geld die Produktion von Atomwaffen und Streumunition fördern, braucht es ein effektives Finanzierungsverbot. Ausserdem sollen Banken ethische Leitlinien bezüglich ihrer Investitionen festlegen und diese transparent machen, so wie es einige andere Unternehmen bereits tun. Wo komplette Intransparenz herrscht, beispielsweise bei den Pensionskassen, sollen Schweizer und Schweizerinnen das Recht haben zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht und was sie damit letzten Endes indirekt mitfinanzieren. Nur so ist es möglich, Aktivitäten zu hinterfragen und falls notwendig, diese Institutionen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Notwendigkeit dessen wird schnell klar, wenn man betrachtet, wie in den meisten untersuchten Anlagepositionen von Banken Rüstungskonzerne einen grossen Stellenwert finden. Dass es auch anders geht, zeigen beweise skandinavische Banken. Sie alle haben sämtliche Konzerne aus ihren Investments ausgeschlossen, die in die Produktion oder den Vertrieb von Atomwaffen und Streumunition verwickelt sind. Die GSoA fordert nach ihrem Vorbild ein Ende der Beteiligung von Schweizer Banken und Versicherungen an den Produzenten von Atomwaffen und Streumunition sowie ein Verbot sämtlicher Rüstungsfinanzierung.

Die JUSO unterstützt dieses Vorhaben verständlicherweise, auch wenn sie aufgrund eigener Initiativen nicht direkt an vorderster Front dabei ist. Aber: Ihr werdet uns auf der Strasse sehen.

AZB 7000 Chur
Postcode 1

Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 21.5.17

Kant. Vorlagen:
Keine Abstimmungsvorlagen

Eidg. Vorlagen:
Energiestrategie **JA**

Vorwahlen
Bei den Vorwahlen können alle mitentscheiden, die in Graubünden leben und über 16 Jahre alt sind. Bei den SP-Vorwahlen können auch Ausländerinnen und Ausländer mitbestimmen. Wenn wir sagen, wir leben mehr Demokratie, dann meinen wir das auch so.
Ein wichtiger Hinweis: Alle, die das „Concret" erhalten, müssen sich nicht online zur Vorwahl registrieren. Ihr bekommt das Wahlmaterial automatisch zugestellt.

Macht bei euren Freunden und Bekannten Werbung für die Vorwahlen, denn auch diese können mitentscheiden.
Dazu müssen sie sich einfach bis zum 28. Mai 2017 (Fristende) unter www.vorwahlen.ch zur Wahl registrieren.

Olympia Abstimmung: Danke!
Die Olympia-Kampagne war ein grosses Stück Arbeit. Dank einem engagierten Team und einer gut aufgegleisten Kampagne, konnte die SP 60 Prozent der Bündnerinnen und Bünder von einem Nein überzeugen. Das ist ein schöner Erfolg! Ohne die grosszügigen Spenden eurerseits wäre diese Kampagne nicht möglich gewesen. Für die zahlreichen und grosszügigen Spenden möchte sich das Kampagnenteam ganz herzlich bei euch bedanken!

Urabstimmung SP Schweiz
Am 30. April findet die Urabstimmung der SP Schweiz zur Rentenreform statt (siehe Beitrag von Paul Rechsteiner in diesem Heft). Der Versandtermin des «Concrets» liegt so, dass einige das «Concret» einige Tage vor und andere einige Tage nach der Urabstimmung erhalten. Darum an dieser Stelle der Hinweis für jene, die das Heft vor der Urabstimmung erhalten: Die Geschäftsleitung der SP Graubünden unterstützt die Reform und empfiehlt ein JA.

ClimatePartner
klimaneutral

Impressum
Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

2/2017

www.sp-gr.ch
info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer (Redaktionsleitung), Stefan Grass, Silvia Modalek, Andri Perl
Versand: Peter Montigel, Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG, Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 3/2017:
7. August 2017